

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Ulrike Gote BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

vom 9. Januar 2010

### **Einfluss von Kreationisten und evangelikalen Gruppen in Bayern**

Ich frage die Staatsregierung:

- 1.1 Hat es in Bayern Versuche von Kreationisten und evangelikalen Gruppen gegeben, Einfluss auf die Schulpolitik und auf Lehrinhalte zu nehmen?
- 1.2 Falls ja, durch welche Gruppen?
- 1.3 Wie geht die Staatsregierung mit Versuchen von Kreationisten um, Einfluss auf die bayerische Schulpolitik und den Lehrplan zu nehmen?
- 2.1 Gibt es in Bayern Schulen, deren Träger evangelikalen, pietistischen oder freikirchlichen Kreisen zuzurechnen sind, welche die Evolutionstheorie ablehnen und die Welt rein schöpfungsgeschichtlich erklären (unter Nennung der Schulen, des Orts und des Trägers)?
- 2.2 Erhalten diese Schulen finanzielle Unterstützung vom Freistaat?
- 2.3 Gibt es in Bayern Schulen, an denen Kreationismus im Biologieunterricht gelehrt wird wie beispielsweise an den Freien Evangelischen Schulen Berlins (FESB)?
- 3.1 Ist der Staatsregierung bekannt, ob kreationistische Publikationen kostenlos an Schulen in Bayern verschickt worden sind, wie beispielsweise die Süddeutsche Zeitung über den Band „Vor uns die Sintflut“ berichtet hat, der in Deutschland an Schulen verteilt worden ist?
- 3.2 Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage von Berthold Meier, Generalsekretär des Verbandes der Evangelischen Bekenntnisschulen in Deutschland e.V. (VEBS), dass es evangelische Schulen gibt, die dem Verband zugehörig sind und in denen Kreationismus unterrichtet wird, wie sueddeutsche.de berichtete?
- 4.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die Forschungsergebnisse des Biologiedidakten Prof. Dittmar Graf, der herausgefunden hat, dass von über 1.200 befragten Lehramtsstudent/-innen, die einen Biologie-Leistungskurs in der Oberstufe besucht haben, fast acht Prozent die Evolution ablehnen, unter denjenigen, die einen Grundkurs absolviert haben, 17 Prozent, von denjenigen ohne Biologieunterricht über 20 Prozent?
- 4.2 Welcher Umgang mit kreationistischen Ansichten wird Lehramtsstudentinnen und -studenten des Fachs Biologie während ihrer Ausbildung in Bayern vermittelt?
- 4.3 Wie beurteilt die Staatsregierung die These von Professor Ulrich Kutschera, Professor für Evolutionsbiologie an den Universitäten Kassel und Stanford, dass sich mittlerweile in Deutschland 1,3 Millionen Menschen zum Kreationismus bekennen?
- 5.1 Inwieweit sind Schulen in freier Trägerschaft verpflichtet, Werte und Einstellungen an die Schülerinnen und Schüler weiterzugeben, wie sie in Landes- und Bundesgesetzen normiert sind (beispielsweise in Bezug auf strittige Themen wie die Gleichstellung von Mann und Frau, die mittlerweile auch gesetzlich fast vollständig erreichte Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, Straffreiheit von Homosexualität, Straf- und Sanktionsfreiheit von sexuellen Beziehungen außerhalb der Ehe, Möglichkeit der Abtreibung, Sterbehilfe, etc. pp.)?
- 5.2 Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass in bestimmten Schulen Einfluss auf Schülerinnen und Schüler genommen wird, um deren Meinung bei bestimmten strittigen Themen in eine Richtung zu lenken, die weit von der gesetzlichen und gesellschaftlichen Realität in Deutschland entfernt ist (so ist im Realschulkonzept des FESB beispielsweise nachzulesen, dass Abtreibung Mord an Gottes ebenbürtigem Leben ist)?
- 5.3 Ist gewährleistet, dass Schülerinnen und Schüler aller Schulen an einem Sexualkundeunterricht teilnehmen, in denen sie werturteilsfrei über Verhütungsmethoden und verschiedene sexuelle Identitäten aufgeklärt werden?
- 6.1 Sind Schulen in freier Trägerschaft verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler zu den Werten des Grundgesetzes zu erziehen (z. B. in Bezug auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau, in Bezug auf die Nichtdiskriminierung anderer Religionen, etc. pp.)?
- 6.2 Wie beurteilt die Staatsregierung den Konflikt zwischen grundgesetzlich verbürgten Rechten und Werten und abweichenden Einstellungen, die eventuell in bestimmten Schulen in privater Trägerschaft weitergegeben werden (z. B. in Bezug auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau, in Bezug auf die Nichtdiskriminierung anderer Religionen, etc. pp.)?

# Antwort

**des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**  
vom 11. Februar 2011

Zu 1.1:  
Nein.

Zu 1.2 und 1.3:  
Entfällt; siehe Antwort zu Frage 1.1.

Zu 2.1, 2.2 und 2.3:  
Für die öffentlichen und staatlich anerkannten Schulen ist dies auszuschließen; auch aus dem Bereich der übrigen Schulen liegen hier keine Erkenntnisse vor, die dies nahe legen würden. Die überwiegende Mehrheit der bayerischen Privatschulen, die einen christlichen Träger haben, sind staatlich anerkannte Ersatzschulen, d. h. sie legen ihrem Unterricht die Lehrpläne zugrunde, die auch an den staatlichen Schulen gelten.

Zu 3.1:  
Dem Kultusministerium ist bekannt, dass zu Beginn des Jahres 2007 das Buch „Vor uns die Sintflut – Stationen biblischer Erdgeschichte“ (hrsg. vom Kuratorium Lebendige Vorwelt) an viele Schulen versandt worden ist. Die Schulen wurden daraufhin vonseiten des Kultusministeriums (mit KMS III.6-5K6604-3.3614 vom 07.02.2007) auf Inhalt und Intention dieses von christlich-fundamentalistischer Seite versandten Buches aufmerksam gemacht.

Auch das islamisch-fundamentalistische Buch „Atlas der Schöpfung“ von Harun Yahya wurde an Gymnasien in Bayern versandt. Die Dienststellen für die Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Bayern wurden daraufhin angewiesen, die Schulen durch eine entsprechende Meldung im Schulportal darauf hinzuweisen, dass der „Atlas der Schöpfung“ nicht im Unterricht zu verwenden ist und auch nicht in die Schulbibliotheken eingestellt werden soll.

Zu 3.2:  
Die bundesdeutsche Situation kann hier nicht beurteilt werden. Für die bayerischen Schulen s. die Antwort zu Fragen 2.1, 2.2 und 2.3.

Zu 4.1:  
Die zitierte Untersuchung ist hier nicht bekannt; aus den genannten Zahlen lässt sich jedoch schließen, dass

- Biologieunterricht aufklärende Wirkung erzielt und zwar umso stärker, je umfangreicher der Unterricht war,
- die Untersuchung offensichtlich nicht in Bayern durchgeführt wurde.

Zu 4.2:  
Ein nur an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierter, argumentativer Umgang.

Zu 4.3:  
Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die die Richtigkeit dieser These bestätigen oder widerlegen.

Zu 5.1:

Gemäß Art. 90 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) sind die privaten Schulen (= Schulen in freier Trägerschaft) im Rahmen der Gesetze frei in der Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, über Lehr- und Erziehungsmethoden, über Lehrstoff und Formen der Unterrichtsorganisation. Alle Teilaspekte der Gestaltungsfreiheit stehen daher unter dem Vorbehalt, dass sie sich „im Rahmen der Gesetze“ halten müssen. Hierunter fallen das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung ebenso wie die Bestimmungen des BayEUG und des Strafgesetzbuches. Zudem können Ersatzschulen nur mit staatlicher Genehmigung errichtet und betrieben werden. Gemäß Art. 92 Abs. 2 Nr. 2 BayEUG ist eine Voraussetzung für die staatliche Genehmigung zur Errichtung von Ersatzschulen, dass „die Ersatzschule in ihren Lehrzielen (...) hinter den öffentlichen Schulen nicht zurücksteht“. Entscheidend sind insoweit vor allem die Bildungsabschlüsse. Die staatlichen Erziehungsziele müssen zwar nicht im Einzelnen übernommen werden, allerdings dürfen die Ziele der Erziehung in einer Ersatzschule nicht im Widerspruch zu den grundlegenden Erziehungszielen stehen, die sich aus der Bayerischen Verfassung und dem BayEUG ergeben und die die tragenden Prinzipien der Verfassungsordnung widerspiegeln. Diese Bindung ergibt sich schon aus dem allgemeinen Grundsatz der staatlichen Schulaufsicht, der zum einen auf die Erziehungsaufgabe der Schulen bezogen ist und zum anderen das Recht des Staates voraussetzt, über die Erziehungsziele zu bestimmen und damit den Maßstab für die Schulaufsicht zu definieren. So verlangt z. B. Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayEUG, der auch für private Schulen gilt, dass die Schulen u. a. die Aufgabe haben, zu Toleranz (...) und Achtung vor anderen Menschen zu erziehen. Ebenfalls in Art. 2 Abs. 1 Satz 1 BayEUG ist geregelt, dass „die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken ist. Somit sind auch konfessionell oder weltanschaulich geprägte Privatschulen an das Ziel der Erziehung zur Toleranz im Sinne der Duldsamkeit gegenüber abweichenden Überzeugungen anderer gebunden. Ist von vornherein zu erwarten, dass eine Privatschule nicht dazu bereit oder in der Lage sein wird, diese Ziele zu erreichen, so scheidet eine Genehmigung als Ersatzschule aus. Auch private Ergänzungsschulen müssen den Anforderungen entsprechen, die durch Gesetz oder auf Grund von Gesetzen vorgeschrieben oder die zum Schutz der Schülerinnen und Schüler an sie zu stellen sind.

Zu 5.2:

Das in der Frage erwähnte Konzept der Freien Evangelischen Schulen Berlins (FESB) kann keine Gültigkeit für bayerische Schulen beanspruchen. Über Einflussnahmen der in der Frage beschriebenen Art an bayerischen Schulen liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor.

Vielmehr sind gemäß den „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ Ideologisierung und Indoktrinierung untersagt (1.3.2). Jede Lehrkraft ist an die Wertentscheidungen und Bildungsziele gebunden, wie sie in der Verfassung festgelegt sind.

In diesem Rahmen kann und soll allerdings erzieherisch gewirkt werden. Zur Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 1993 zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs fordern die o. g. Richtlinien die Schulen dazu auf, „in Ergänzung der unterrichtlich festgelegten Informationen über den ungeborenen Menschen und sein Lebensrecht ... möglichst jährlich eine Aktionswoche für das Leben ...“ durchzuführen. Als grundlegend für diesen Auftrag der Schule werden an gleicher Stelle ausgewählte Leitsätze zum o. g. Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgeführt, z. B.: „Der Schwangerschaftsabbruch muss für die ganze Dauer der Schwangerschaft grundsätzlich als Unrecht angesehen und demgemäß rechtlich verboten sein.“ ... „Der Schutzauftrag verpflichtet den Staat ferner, den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein zu erhalten und zu beleben.“

Zu 5.3:

Laut Art. 48 Abs.1 BayEUG gehört „unbeschadet des natürlichen Erziehungsrechts der Eltern ... Familien- und Sexualerziehung zu den Aufgaben der Schulen...“ Diese gesetzliche Vorgabe ist von allen Schulen umzusetzen. In allen weiterführenden Schularten werden sowohl beim Kapitel „Verantwortete Elternschaft“ oder „Soziale und ethische Aspekte der Familienplanung“ als auch beim Thema „AIDS-Prävention“ Verhütungsmethoden besprochen; ebenfalls in allen weiterführenden Schulen schreiben die Richtlinien das Thema „Persönliche und soziale Aspekte der Homosexualität“ vor.

Zu 6.1:

Ja, vgl. Antwort zu Frage 5.1.

Zu 6.2:

Der Staatsregierung sind solche Fälle nicht bekannt. Im gegebenen Fall würde schulaufsichtlich eingeschritten werden.